

Frankreich in Bewegung. Vom Agieren der Präsidenten und ihrer Regierungen vor dem Hintergrund der Herausforderungen urbaner Peripherien

Seit Mitte der 1970er-Jahre wurden benachteiligte Stadtviertel – Teile der so genannten banlieues und damit ‚Vorstädte‘ jenseits der Stadtzentren – in Frankreich zum Gegenstand einer ganzen Reihe politischer Maßnahmenpakete, die unter anderem Aspekte der Wohn- und Lebensbedingungen ebenso wie der Sicherheit und des sozialen Zusammenhaltes tangierten. Die unterschiedlichen Gesetze, Verordnungen und Projektansätze firmieren gebündelt unter der Bezeichnung *politique de la ville*, sind als sektorübergreifendes-politisches Handeln zu beschreiben und basieren auf dem Prinzip einer ‚positiven territorialen Diskriminierung‘, das heißt, ganz bestimmte als problematisch betrachtete Gebiete erfahren eine Förderung. Diese Stadtpolitik hat entsprechend nach und nach immer mehr ‚prioritäre‘ Stadtteile identifiziert, ausgewählt und abgegrenzt, um auf sozialer, wirtschaftlicher und architektonischer Ebene ein gebündeltes Vorgehen zu ermöglichen und dabei – so das Ziel – eine angemessene Mittelverwendung zu gewährleisten. Das Ziel unseres Beitrages besteht darin, die zurückliegenden 40 Jahre *politique de la ville* dahingehend zu beleuchten, ob sich die zugrundeliegenden Philosophien, angewandten Methoden und vorgeschlagenen Maßnahmen stark von denen unterscheiden, die Präsident Emmanuel Macron zwischen 2017 und 2019 eingebracht hat, um sich Herausforderungen urbaner Peripherien anzunähern. Es geht damit darum, vor dem Hintergrund des Aktionsprogramms der jetzigen Regierung die Verfahrensweisen der *politique de la ville* zwischen 1977 und 2017 im Zeitverlauf zu analysieren und abzugleichen: Wie haben die aufeinanderfolgenden Regierungen versucht, Ausgrenzung einzudämmen, Ungleichheiten abzubauen und ‚abgehängten‘ Stadtvierteln ‚neues Leben einzuhauchen‘? Inwieweit waren sie dabei erfolgreich? Welche philosophischen, politischen etc. Grundhaltungen wurden dabei jeweils gewählt? Inwieweit weichen diese von Verfahrensweisen Emmanuel Macrons ab? Die überraschende Feststellung besteht darin, dass in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft (2017–2019) zahlreiche vorangebrachte Vorschläge stark einem klassischen ‚Marshall-Plan für die banlieues‘ ähneln, also sich gar nicht so stark von früheren Vorstößen unterscheiden, wie ein erster kurzer Blick vermuten ließe.